

Sozialismus.de Supplement zu Heft 6/2020

VSA:

**Hans Günter Bell/Astrid Kraus/Elisabeth Lange/
Hans Lawitzke/Steffen Lehndorff/
Alexander Recht/Paul Schäfer**

Thesen zur sozialökologischen Transformation

und wie sie organisiert werden sollte

Hans Günter Bell, Stadtplaner, Sozialwissenschaftler, Sprecher des Kreisverbandes der LINKEN in Köln. *Astrid Kraus*, Wirtschaftswissenschaftlerin, Vorsitzende des Sozialistischen Forums Rheinland, DIE LINKE. *Elisabeth Lange*, gelernte Maschinenbauingenieurin, Fachlehrerin für technische Berufe. *Hans Lawitzke*, Sekretär des Europäischen Betriebsrates bei Ford, Vorsitzender des Sozialistischen Forums, SPD. *Steffen Lehdorff*, Arbeitsmarktforscher, Research Fellow am Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen. *Alexander Recht*, Ökonom, Studiendirektor und Abteilungsleiter an einem kaufmännischen Berufskolleg. *Paul Schäfer*, Soziologe, Redaktion Wissenschaft und Frieden.

Alle Autor*innen sind Mitglieder des Sozialistischen Forums Rheinland (siehe Seite 30 | www.sf-rheinland.de).

Inhalt

<i>Erste These: Die Zukunft der Weltgesellschaft steht auf dem Spiel</i>	3
<i>Zweite These: Die internationale Lage ist vom Widerspruch zwischen deklaratorischer und tatsächlicher Politik geprägt</i>	4
<i>Dritte These: Sozial und Ökologisch, Rot und Grün, müssen eine Symbiose bilden, wenn wir eine menschenwürdige Zukunft sichern wollen</i>	5
<i>Vierte These: Ohne die Eindämmung und Überwindung der Profitlogik ist die ökologische Krise nicht zu überwinden</i>	9
<i>Fünfte These: Die Frage ist nicht »Wachstum: ja oder nein?«, sondern »Welches Wachstum: wo, wofür und wodurch?«</i>	11
<i>Sechste These: Wohlstand und Glück werden eine neue Bedeutung bekommen</i>	14
<i>Siebte These: Konzepten für eine neue, ressourcensparende, klimaneutrale Mobilität kommt eine Schlüsselrolle zu</i>	16
<i>Achte These: Wir werden sicher anders wohnen</i>	20
<i>Neunte These: Die sozialökologische Wende verlangt kategorisch nach starken, demokratisch ausgerichteten öffentlichen Institutionen</i>	22
<i>Zehnte These: Der sozialökologische Umbau ist Kernstück einer Transformation zu einer neuen, solidarischen Gesellschaft</i>	26

Supplement der Zeitschrift Sozialismus.de 6/2020; ISSN 0721-1171

© Sozialistische Studiengruppe (SOST) e.V.

Einzel Exemplare über den Buchhandel oder direkt bei: VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
 Druck und Buchbinderarbeiten: ac europrint, Hamburg

ISBN 978-3-96488-070-3

**Hans Günter Bell/Astrid Kraus/Elisabeth Lange/Hans Lawitzke/
Steffen Lehndorff/Alexander Recht/Paul Schäfer**

Thesen zur sozialökologischen Transformation

und wie sie organisiert werden sollte

Die Bewegung »Fridays for Future« hat innerhalb eines Jahres geschafft, was Klima- und Umweltforscher*innen in Jahrzehnten nicht gelungen ist: Sie hat den Finger in die Wunde gelegt und die Öffentlichkeit aufgerüttelt. Es muss etwas geschehen gegen den menschenverursachten Klimawandel, für die Begrenzung der Erderwärmung auf den im Pariser Klimaabkommen vereinbarten Grenzwert von 1,5 Grad. Es muss sehr rasch geschehen, und es geht um umfassende, einschneidende Veränderungen.

Auch und gerade die gesellschaftliche und politische Linke muss darüber diskutieren. Eine Arbeitsgruppe des Sozialistischen Forums Rheinland (SoFoR) hat sich daher im vergangenen Jahr mit dem sozialökologischen Umbau befasst. Dabei war uns bewusst, dass wir zentrale Aspekte, wie die Energiewende oder den Umbau der Landwirtschaft, nicht gebührend berücksichtigen konnten. Wir wollen dennoch mit den hier vorliegenden Thesen zu der Debatte beitragen, warum wir eine sozialökologische Transformation dringend brauchen und was dafür getan werden muss.

In die Endredaktion dieses Textes platzte der »Corona-Schock«. Wie in einem Brennglas werden durch die Covid-19-Pandemie schon länger existierende Probleme und Krisenphänomene gebündelt und zugespitzt: Die Schattenseiten der Globalisierung, die Tendenzen zur Re-Nationalisierung der Politik und der verschärfte geopolitische Wettlauf, die Auszehrung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch die neoliberale Austeritätspolitik, die im Weltmaßstab zugespitzte soziale Polarisierung. Nahezu alle Regierungen der

Welt mussten – um die Situation einigermaßen unter Kontrolle zu halten – zu Maßnahmen greifen, die das öffentliche Leben weitgehend lahmlegten. Damit wurden auch die Volkswirtschaften und die Weltwirtschaft als Ganzes in eine dramatische Lage gebracht. Um dem entgegenzuwirken, mussten auch in der Bundesrepublik einige Mythen der vergangenen Jahrzehnte geopfert werden, wie »Der Markt wird es schon richten«, oder »Staatshaushalte müssen ausgeglichen sein« (»Schwarze Null«).

In der Krise erleben wir, dass der Staat, den politischen Willen vorausgesetzt, große Summen mobilisieren kann und eine enorme Gestaltungskraft besitzt. Einige derjenigen, die unter schwierigsten Bedingungen für wenig Geld arbeiten müssen, erfahren endlich die Wertschätzung, die sie schon immer verdient haben. Wir alle erleben, dass in unserer Gesellschaft viele verantwortungsvoll handeln und solidarisch sind.

Diese Erfahrungen haben den Raum für kritische Fragen und neue Ideen geöffnet. Wir bieten mit unseren Thesen Anstöße für diese Diskussion.

Wie künftig mit den Folgen der Corona-Krise umgegangen wird, dürfte maßgeblich darüber entscheiden, in welche Richtung sich die Weltgesellschaft entwickelt. Wir erleben schon jetzt – mitten in der Krise – ein heftiges Ringen zwischen denjenigen, die nach der Krise zum hergebrachten Wachstums- und Entwicklungspfad zurückkehren wollen, und jenen, die eine Wende zu einem nachhaltigeren, zukunftsfähigen Gesellschaftsmodell einfordern. Gerade in Unternehmerverbänden und den konservativen Teilen der Politik mehren sich die Stimmen, die einer »Atempause« bei der ökologischen Wende das Wort reden. Erst müsse die Wirtschaft wieder aufs Gleis gesetzt werden, Umweltauflagen sollten lieber ausgesetzt als verschärft werden.

Es wird daher von einer starken Zivilgesellschaft und progressiven politischen Parteien abhängen, welche Richtung sich durchsetzt. Um die gewaltige Herausforderung zu bestehen, reicht es nicht, nur Rückschritte abzuwehren, sondern wir müssen die erforderliche Beschleunigung der sozialökologischen Wende durchsetzen.

Erste These:

Die Zukunft der Weltgesellschaft steht auf dem Spiel. Bei Strafe des Untergangs muss die Klimakatastrophe abgewendet und der sozial-ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft konsequent durchgesetzt werden.

Die skrupellose Ausplünderung der Naturressourcen und die Schädigung der Umwelt haben heute nach der Einschätzung von Fachleuten ein solches Ausmaß erreicht, dass wir mit der bisherigen Art des Produzierens und Lebens an einer Grenze der Belastungsfähigkeit unseres Planeten angelangt sind. Sie kommen zu dem Schluss, dass die Fortführung unserer jetzigen Produktions- und Lebensweise zur Destabilisierung biophysikalischer Systeme und zu plötzlichen und irreversiblen Umweltveränderungen führen kann, die für die Menschen auf diesem Planeten mit katastrophalen Folgen verbunden wären. Wir reden hier vom Klimawandel, vom Zustand der Ozeane, von der Land- und Süßwassernutzung, von der verletzten Integrität der Biosphärennutzung usw.

»Strafe des Untergangs« meint dabei nicht den großen weltgeschichtlichen Big Bang, sondern einen Prozess, in dessen Rahmen Teile des Planeten für einen beträchtlichen Teil der Menschheit unbewohnbar werden und die Verteilungskämpfe auf dem »Rest der Erde« solche Dimensionen annehmen können, dass der erreichte Stand der humanen Zivilisation auf dem Spiel steht. Die Verheerung durch die Waldbrände in Australien und mehr noch die von den Klimawandel-Leugnern Trump, Bolsonaro und Co. exekutierte Politik der Förderung des verschärften Raubbaus der Natur, der Aushöhlung von Demokratie und Menschenrechten und der fortschreitenden Entzivilisierung der internationalen Beziehungen geben einen Vorgeschmack darauf, womit zu rechnen wäre.

Zweite These:

Die internationale Lage ist von einem fundamentalen Widerspruch zwischen deklaratorischer und tatsächlicher Politik geprägt. Der Wandlungsdruck für nachhaltige Entwicklung reicht (noch) nicht aus, um aus den Entschlüssen internationaler Gipfelkonferenzen politische Praxis werden zu lassen. Die Notwendigkeit einer grundlegend anderen Entwicklungsrichtung reibt sich offenkundig an den vorfindlichen ökonomisch-politischen Machtstrukturen und den daraus erwachsenden Interessen an der Fortsetzung des bestehenden kapitalistischen Geschäftsmodells. Ohne gesellschaftlichen Druck »von unten« wird sich daran nichts ändern.

Offensichtlich ist die Einsicht in das, was getan werden muss, stark verbreitet. Im Pariser Klimaabkommen ist das Ziel formuliert, dass die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad zu begrenzen ist. Doch die diesem Ziel entsprechenden, verbindlichen nationalen Aktionspläne fehlen. Die Europäische Union möchte bis 2050 »klimaneutral« werden. Dazu soll eine Netto Null bei den schädlichen Emissionen erreicht werden; d.h. alle durch Menschen verursachte Treibhausgas-Emissionen sollen durch Reduktionsmaßnahmen wieder aus der Atmosphäre entfernt werden. Auch die Bundesrepublik will 2050 »klimaneutral« werden. Diese Ziele sind nach Auffassung von Wissenschaftler*innen und Umweltverbänden nicht ausreichend. Doch selbst sie werden mit den bisher auf den Weg gebrachten Reformbemühungen auf nationaler und internationaler Ebene weit verfehlt.

Ein wichtiger Grund dafür ist, dass die internationale und die nationale Politik es versäumen, einen Rahmen zu setzen, der kapitalistische Unternehmen zu einem ökologischen Umsteuern zwingt. Nationalstaaten, die ökologisch vortreten wollen, befürchten, von den anderen Staaten im Stich gelassen zu werden. Doch dahinter steckt ein Grundproblem: Der kapitalistischen, fossil ausgerichteten Profitwirtschaft verhaftete Kräfte und Parteien scheuen die nötigen radikalen Veränderungen. Sie verteidigen, wo immer es geht, die überkommene Produktions- und Regulationsweise. Wenn es um neue Umweltauflagen geht, schildern Industrie- und Arbeitgeberverbände in düsteren Farben die Folgen für Wohlstand und Arbeits-

plätze. Energieunternehmen wollen, solange es geht, an fossiler Energie verdienen; Automobilkonzerne sträuben sich gegen Tempolimits, um ihre PS-starken, superschnellen Premiummodelle verkaufen zu können, kapitalabhängige Landwirte wehren sich gegen Auflagen, mit denen weniger Giftstoffe in den Boden gelangen und eine artgerechte Tierhaltung durchgesetzt werden sollen.

Welche Folgen eine Politik hat, die sich nicht mit den mächtigen Interessengruppen anlegen will, konnten wir in den letzten Jahren erleben: Zeitpläne für den ökologischen Umbau werden übermäßig gestreckt, die Mechanismen zur Umsetzung der formulierten Ziele bleiben unzureichend, zukunftsorientierte Schritte werden mit rückwärtsgewandten kombiniert. Der Kohleausstieg wird beschlossen, zugleich geht die großzügige Förderung für die Betreiber weiter. Bio-Landbau wird gefördert, während die viel höheren Subventionen für die umweltschädliche Big-Business-Landwirtschaft munter weiter fließen, usw.

Dritte These:

Die Frage des globalen Überlebens ins Zentrum zu rücken heißt keineswegs, die Frage der sozialen Gerechtigkeit hintanzustellen. Im Gegenteil: Sozial und Ökologisch, Rot und Grün, müssen eine Symbiose bilden, wenn wir eine menschenwürdige Zukunft sichern wollen.

Auch Gattungsfragen wie die Klimakatastrophe sind Klassenfragen. Umweltkrise und sozialökonomische Verwerfungen hängen eng miteinander zusammen. Dem Raubbau an der Natur unter dem Vorzeichen einer auf Maximalgewinn gepolten Gesellschaftsformation entspricht die soziale Polarisierung der Weltgesellschaft: wohlhabend, weniger wohlhabend, arm, existenzgefährdet. Während die wirtschaftlichen und politischen Eliten am stärksten zu dieser Entwicklung beitragen und teilweise sogar von ihr profitieren, sind es die Lohnabhängigen und andere weniger begüterte soziale Gruppen, die von den fatalen Auswirkungen der Öko-Krise besonders betroffen sind und zugleich geringere Möglichkeiten haben, diesen Folgen auszuweichen bzw. sie abzumildern. Dies gilt für die Benachteiligten in den unterentwickelt ge-

haltenen Ländern und Regionen in besonderem Maße. Unsere Schlussfolgerungen: Soziale Kämpfe und das Engagement für die Sicherung der Gattung Mensch müssen gleichermaßen gegen den Widerstand etablierter Machteliten durchgesetzt werden. Zugleich ist es eine Frage der Klassensolidarität, dass sich die relativ bessergestellten Lohnabhängigen in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften mit den besonders leidenden des globalen Südens verbünden. Dies erscheint im heutigen Umfeld als kühne Idee. Ohne globale Solidarität wird es aber nicht gelingen, die miteinander verzahnten Klassen- und Gattungsinteressen zur Geltung zu bringen.

Eines gilt es indes unbedingt zu beachten: Die Lohnabhängigen werden sich nur dann für den Umbau einsetzen, wenn ihre sozialen Belange angemessen berücksichtigt werden. Daher ist es ein besonderes Anliegen der Linken, strikt auf der Einheit von Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu bestehen. Für die Masse der Lohnabhängigen und auch der Mittelschichten kann der Umbau zu sozialen Einbußen und Einschränkungen führen. Daher müssen die nötigen ökologischen Maßnahmen Zug um Zug mit sozialen Ausgleichsmaßnahmen verbunden sein, etwa mit der Bereitstellung ökologischer Alternativen oder mit der Gewährung eines Öko-Bonus für den Fall einer als indirekte Steuer wirkenden CO₂-Steuer.

Beschäftigungsalternativen aufzuzeigen und zu entwickeln, ist eine dringliche Notwendigkeit. Wenn zum ökologischen Umbau eine technologische Dynamik wie die Digitalisierung hinzukommt, ist die Furcht vieler vor Arbeitsplatzverlust und sozialem Abstieg sehr berechtigt. Wenn wir demokratische Mehrheiten für den Umbau gewinnen wollen, gehören auch Menschen dazu, die in den vom Umbau betroffenen Industrien arbeiten, Menschen, die sich in der hiesigen Konsumwelt eingerichtet haben und die skeptisch sind, ob weitreichende Umstellungen überhaupt möglich sind. Nur wenn auch zahlenmäßig relevante Teile der Industriearbeiterschaft in den »grünen Arbeitsplätzen« der Zukunft etwas Erstrebenswertes und auch Erreichbares erblicken, werden sie sich aktiv dafür einsetzen und nicht anfällig bleiben für die Angstmacherei der Rechten. Im Zentrum der Verknüpfung von Beschäftigungs- und Klimapolitik sollte daher das Bemühen stehen, die Chancen, die der sozialökologische Umbau für die Schaffung neuer, qualifizierter Arbeit bietet, zu entwickeln und ins Bewusstsein zu rücken. Sorgen und Ängsten be-

gegnet man am besten dadurch, dass neue Perspektiven und Hoffnung vermittelt werden.

Die Frage, wie der fällige Strukturwandel sozial gestaltet werden kann, ist eine große strategische Herausforderung an eine pro-aktive Struktur-, Regional- und Industriepolitik. Es geht dabei sowohl um das Abfedern von Arbeitsplatzverlusten für derzeit Beschäftigte in ökologisch überkommenen Branchen als auch um die qualifizierende Umlenkung heutiger und nachwachsender Generationen auf nachhaltige neue Beschäftigungsfelder im Industrie- und Dienstleistungssektor und schließlich um die grundlegende Neuausrichtung der industriellen Produktion selbst. Initiativen wie der Transformationsatlas der IG Metall sind hier wichtige Ausgangspunkte.

Eine ausführliche Studie mit konkreten Vorschlägen für eine »klimaneutrale Industrie« hat der Forschungsverbund Agora Energiewende in einem Kooperationsprojekt mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie 2019 vorgelegt. Die Autor*innen legen den Schwerpunkt auf die Vermeidung von CO₂-Emissionen in der rohstoffverarbeitenden Grundstoffindustrie in Deutschland. Zur Einordnung der Bedeutung dieses Industriezweigs: Der Anteil der Beschäftigten in der Grundstoffindustrie macht rund 8,5% der insgesamt in der Industrie Beschäftigten aus und der Anteil am Umsatz beläuft sich mit rund 250 Mrd. Euro auf etwa ein Viertel des Gesamtumsatzes der Industrie. Die Treibhausgas-Emissionen machen dagegen rund 70% Prozent der gesamten Industrieemissionen aus. Innerhalb der Grundstoffindustrie entfällt ein erheblicher Anteil allein auf die Branchen Stahl, Grundstoffchemie und Zement.

Der Studie zufolge ist die Branche geprägt von kapitalintensiven Produktionsanlagen mit langer Lebensdauer. Das Ziel, die Treibhausgas-Emissionen bis 2050 auf null zu senken, ist mit graduellen Verbesserungen bestehender Anlagen nicht zu erreichen. Es geht vielmehr um den Einsatz grundlegender Innovationen, mit denen CO₂-Emissionen radikal abgesenkt oder vermieden werden sollen (Dekarbonisierung). Dieses Ziel ist nur zu halten, wenn im nächsten Investitionszyklus vollständig in neue Technologien investiert wird. Einen Hauptbeitrag soll der Ersatz von fossilen Brennstoffen durch »grünen Wasserstoff« leisten. Die dazu gehörigen Verfahren sind noch nicht vollständig ausgereift, noch zu energieintensiv, zu teuer und zu risiko-

behaftet. Wenn es nicht gelingt, diese Verfahren beim notwendigen Ersatz einer Anlage bis zur Marktreife zu entwickeln, ist eine Absenkung bis 2050 auf null nahezu unmöglich.

Der Konversionsprozess ist ein Mammutprojekt, Investitionen in Forschung durch Industrie *und* öffentliche Hand in erheblichem Maß sind unumgänglich. Gleichzeitig braucht es einen grundlegenden und verbindlichen Rahmenfahrplan mit ambitionierten und realisierbaren Schadstoff-Reduktionszielen auf der Seite der Industrie und einen verlässlichen regulatorischen Rahmen vonseiten der Politik.

Neuregelungen beim Europäischen Zertifikathandel (ETS), der EU-Beihilferichtlinien gehören ebenso dazu wie nationale Maßnahmen, mittels derer CO₂-Belastungen sanktioniert (Klima-Umlage), CO₂-arme Materialien und Endprodukte hingegen prämiert werden. Entscheidend wird weiter die Durchsetzbarkeit von CO₂-Abgaben bei der Einfuhr emissionschädlicher Produkte sein, um weltweit wettbewerbsfähig zu bleiben. Auch an Quotenregelungen für CO₂-arme Materialien oder grünen Wasserstoff ist zu denken. Desweiteren muss die öffentliche Hand als Nachfragerin bei Baumaßnahmen und der Bereitstellung von Infrastruktur strenge Umweltstandards anlegen, um den ökologischen Umbau und Beschäftigung zugleich abzusichern. Schließlich sind Europäische Union, Bund und Länder aufgerufen, die Erforschung und Entwicklung nachhaltiger Verfahren, Materialien und Produkte intensiv zu fördern.

Noch wird die Diskussion konkreter industriepolitischer Maßnahmen eher unter Technologie-Experten geführt. Eine Verbreiterung der Debatte, in die sich auch die Angestellten, Arbeiter*innen und deren Industrievergewerkschaften, Vertreter*innen von Umweltverbänden etc. konkret einbringen, ist überfällig.

Vierte These:

Ohne die Eindämmung und Überwindung der Profitlogik als dominierendem Treiber der Weltwirtschaft und ohne die Beendigung des Prinzips, privat verursachte soziale und ökologische Kosten der kapitalistischen Produktionsweise den jeweiligen Gesellschaften und den Ländern des Globalen Südens aufzubürden (Externalisierungslogik), ist die ökologische Krise nicht zu überwinden.

Die Wurzeln für die heutige ökologische Krise liegen in einem Wirtschaftssystem, das auf Expansion und Gewinnsteigerung ausgerichtet ist. Mit dem Übergang in den neoliberalen, finanzmarktgetriebenen Kapitalismus wurde diese Entwicklungstendenz auf die Spitze getrieben. Der Drang zu ungezügelter Kapitalvermehrung wurde unter dem Druck kapitalistischer Shareholder und auf Grundlage des Konkurrenzprinzips freigesetzt und als neues Leitbild der Wirtschaftsgesellschaft etabliert. Damit einher ging der Versuch, immer neue Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der Profitlogik zu unterwerfen (»Landnahme«). Dieser von staatlichen Auflagen befreite und ungehemmte Kapitalismus hat dafür gesorgt, dass in den letzten Dekaden der Raubbau an den natürlichen Ressourcen und der umweltschädliche Ausstoß an Kohlendioxid und Schadstoffen nahezu ungebremst voranschreiten.

Die ökologischen Probleme werden dadurch verursacht, dass Gewinnmaximierung und Externalisierung Hand in Hand gehen. Unternehmen verursachen durch ihre Produktion soziale Kosten in Form von Umweltverschmutzung, die ihnen nicht in Rechnung gestellt werden, also externe Effekte. Damit die Unternehmen diese externen Effekte berücksichtigen und internalisieren, müssten sie entweder einer anderen Logik als der Profitmaximierung folgen, was andere Eigentumsstrukturen voraussetzt, oder aber durch die Politik zu einer ihnen auferlegten Bepreisung ihrer externen Effekte gezwungen werden. In beiden Fällen würde nachhaltiges Wirtschaften eingeleitet, und beide Male ist ein demokratischer, sozialökologisch intervenierender Staat die Voraussetzung.

Die Umstellung auf nachhaltiges Wirtschaften – wir reden hier von umweltschonender Landwirtschaft, Energieeffizienz und Energieeinsparung, Kreislaufwirtschaft etc. – wird aber blockiert oder behindert, soweit mit ihr

nicht schon heute Geld verdient werden kann. Überdies kann von einem sozialökologisch intervenierenden Staat aktuell nicht die Rede sein. Der finanzmarktgetriebene Kapitalismus und die ihm zuarbeitende neoliberale Politik haben vielmehr maßgeblich dazu beigetragen, die Macht des international agierenden Kapitals und der internationalen Finanzinstitutionen zulasten der Staaten und der Staatengemeinschaft zu stärken. Damit wurden zugleich in großem Stil, z.B. durch die Privatisierung oder das Outsourcen staatlicher Aufsichtsfunktionen, Schneisen in die Fähigkeiten des Staates geschlagen, regulierend und steuernd einzugreifen.

Zusammengefasst: In den vergangenen vier Jahrzehnten wurde ein Geschäftsmodell etabliert, das auf Wachstum ohne Grenzen und die rigorose Ausbeutung der Naturressourcen gesetzt und zu einer beispiellosen Anhäufung von Vermögen und Reichtum in den Händen einer Gruppe von Superreichen geführt hat. Demokratisch unkontrollierte wirtschaftliche Macht wurde gestärkt. Die diesem Geschäftsmodell verhafteten politischen Eliten haben diesen Prozess ihrerseits gefördert. Dieser Prozess wird inzwischen von vielen als dramatischer Kontrollverlust von Staat und Politik wahrgenommen. Zu Recht.

Kontrollverlust führt zu Angst. Dies wiederum ist auch die Grundlage dafür, dass Menschen denjenigen auf den Leim gehen, die nationalistische, autoritäre Scheinlösungen anbieten. Die Antwort auf die sozial-ökonomische Krise ist jedoch nicht der autoritäre Staat, sondern die demokratische Veränderung von Staat und Wirtschaft. Die Ökonomie darf nicht länger der Logik der Profitvermehrung unterworfen, sondern muss am Gemeinwohl ausgerichtet sein. Das verlangt nach weitreichenden Eingriffen in die bestehenden privaten Eigentums- und Verfügungsverhältnisse, nach einer Demokratisierung der Wirtschaft, in toto nach einer anderen Produktions- und Regulationsweise.

Fünfte These:

Die derzeit dominierende Vorstellung, der Klimawandel werde durch technologischen Fortschritt auf der Basis des Wachstumskapitalismus rein marktwirtschaftlich zu stoppen sein, führt in die Irre. Aber auch die Idee, die Wirtschaft müsse schrumpfen (Degrowth), bietet keine geeignete Grundlage — schon gar nicht auf globaler Ebene. Die Frage ist nicht »Wachstum: ja oder nein?«, sondern »Welches Wachstum: wo, wofür und wodurch?«

Unsere Strategie- und Politik-Überlegungen verfolgen das Ziel guter Lebensbedingungen, was sowohl den Schutz unserer natürlichen Umwelt als auch die Schaffung sinnvoller Arbeit einschließt. Ein solch umfassender Ansatz des sozialökologischen Umbaus darf sich weder auf das Wachstum noch auf das Schrumpfen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) fokussieren. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist hierfür ein unzureichender Maßstab. Dies gilt besonders für die Ökologie.

So werden Schäden an Leib, Leben und Natur nicht vom BIP abgezogen, während reparierende Maßnahmen hierin sehr wohl eingehen. Wir brauchen deshalb Kennziffern, die die gesamte sozialökologische Entwicklung der Gesellschaft abbilden. Wirtschaftspolitik darf nicht länger einseitig auf das BIP-Wachstum ausgerichtet werden.

Aus diesem Grund ist auch die Forderung nach »Degrowth« ungeeignet. Sozialökologische Politik darf sich nicht auf die Höhe des Wachstums fokussieren, sondern auf die Sicherung guter Lebensbedingungen, den Schutz unserer natürlichen Umwelt und die Schaffung sinnvoller Arbeit. Daher lautet die eigentliche Frage, welche Wirtschaftspolitik der Erreichung dieser Ziele zuträglich ist.

Für die Verfolgung der Klimaziele ist es unabdingbar, dass durch eine massive Förderung technischen Fortschritts die volkswirtschaftlich produzierte Gütermenge mit weniger natürlichen Ressourcen als vorher erzeugt wird. Wir sprechen von einer Steigerung der Ressourcenproduktivität. Wenn die Ressourcenproduktivität gesamtwirtschaftlich stärker wächst als das BIP, sinkt der Ressourcenverbrauch, kann also die Klimaschädlichkeit auch einer wachsenden Wirtschaft zurückgedrängt werden. Dies gilt unabhängig

davon, ob die Wirtschaft privatkapitalistisch oder öffentlich-gemeinwohl-orientiert organisiert ist.

Technologische Innovationen sind für eine ökologische Wende unerlässlich. Diese kann aber nicht nur von Marktkräften herbeigeführt werden. Staatliche Wirtschaftspolitik muss vordringlich private Investitionen mit geringer Ressourcenproduktivität durch strenge Auflagen, hohe Steuern und Strafzölle unattraktiv machen. Zugleich müssen Investitionen mit hoher Ressourcenproduktivität durch Auflagen und Anreize für Privatunternehmen begünstigt, durch öffentliche Finanzierung (z.B. in Form rückzahlbarer Subventionen oder staatlicher Beteiligungen) gefördert und auch direkt in öffentlicher Regie vorgenommen werden. Dies gilt für kapazitätserweiternde wie für kapazitätserhaltende Investitionen. Letztere dürfen nicht nur verschlissene Anlagen ersetzen, sondern müssen zugleich für eine ökologische Modernisierung durch neue Techniken sorgen. In beiden Fällen kann die Umweltbelastung zwar zunächst wegen neuer Materialien in den Anlagen steigen, aber mittelfristig wird sie auf gesellschaftlicher Ebene durch den Einsatz klimaschonender Güter sinken.

Eine klimafreundliche Wirtschaftspolitik geht jedoch über die entschlossene Steigerung der Ressourcenproduktivität in der Industrie hinaus. Notwendig ist eine Strategie des »selektiven Wachstums«, wie sie auch von der Grundwertekommission der SPD gefordert wird: Schrumpfen muss, was schädlich ist, und wachsen, was sozial notwendig und ökologisch verträglich ist. Dies betrifft neben den für die Klimawende erforderlichen Technologien und Wirtschaftszweigen vor allem den Ausbau der sozialen Dienstleistungen (Gesundheit, Pflege, Bildung, Kultur, Verkehr) sowie der dazu gehörenden technischen Infrastruktur dieser Bereiche (Krankenhäuser, Pflegestätten, Bildungseinrichtungen, Kulturstätten, Bahn und ÖPNV).

Dies wirft die Frage auf: Werden selektives Wachstum, mehr Ressourcenproduktivität und klimafreundliche Arbeitsplätze für Vollbeschäftigung sorgen? Für die Sozialverträglichkeit der Klimawende ist dies eine Schlüsselfrage, die wir nicht mit Sicherheit vorhersagen können. Letztlich hängt die Höhe der Beschäftigung von der Entwicklung der Arbeitsproduktivität (reales BIP pro Beschäftigungsstunde) im Verhältnis zum realen BIP ab: Steigt die Arbeitsproduktivität schwächer als das reale BIP, wächst die Beschäftigung und umgekehrt.

Wenn sich z.B. die Beschäftigung perspektivisch von klimaschädlichen Industriezweigen hin zu sozialen Dienstleistungssektoren mit statistisch geringerer Arbeitsproduktivität verlagert, könnte die Beschäftigung sogar steigen und gleichzeitig die Umwelt geschont werden. Auch der Umbau hin zu einer klimaschonenden Industrie mit höherer Arbeitsproduktivität kann eine hohe Arbeitskräftenachfrage mit sich bringen, wenn das BIP ausreichend steigt.

Auch bei der erstrebenswerten direkten Einsparung von Naturverbrauch ohne Investitionen im Rahmen einer Repair-Economy kommt das Zusammenspiel von Ressourcen- und Arbeitsproduktivität zur Geltung. Beim Verschleiß von Produktteilen kommt es durch relativ viel Arbeit und wenig Naturverbrauch zur Reparatur, die die Lebensdauer verlängert, statt das Produkt mit relativ wenig Arbeit und mehr Naturverbrauch in Gänze maschinell neu herzustellen. Die Folge ist eine steigende Ressourcenproduktivität bei gleichzeitig sinkender Arbeitsproduktivität, sodass die Beschäftigung sogar steigen kann. Dies kann staatlich gefördert werden durch das Verbot künstlich reduzierter Lebensdauer oder durch steuerliche Zuschüsse beim Erwerb solcher Reparaturdienstleistungen durch gering verdienende Haushalte.

Um die Sozialverträglichkeit der klimapolitischen Wende sicherzustellen, müssen also selektives Wachstum, Ressourcen- und Arbeitsproduktivität gleichermaßen beachtet werden. Insbesondere allgemeine Arbeitszeitverkürzungen zur Beschäftigungssicherung können wieder eine neue strategische Bedeutung bekommen, wenn — trotz einer Schwerpunktverlagerung auf den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und der sozialen Dienstleistungen — im Zuge der Erhöhung der Ressourcenproduktivität die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität stärker steigt als das BIP.

Die Fixierung auf die Frage »Wachstum — ja oder nein« greift also zu kurz. Dies gilt umso mehr, wenn auch Länder mit nachholender Entwicklung in den Blick genommen werden, denen alternative, klimafreundliche Entwicklungsperspektiven überhaupt erst ermöglicht werden müssen. Die allererste Voraussetzung dafür ist, dass in der EU und Ländern wie Deutschland eine Abkehr von der bisherigen Freihandelspolitik durchgesetzt wird: Klimapolitik ist immer auch globale Politik.

Sechste These:

Eine Lebensweise, die auf der rigorosen Ausplünderung der Natur und grenzenlosem Ressourcenverbrauch aufbaut, hat keine Zukunft. Es kann daher als sicher gelten, dass die globale Neuordnung gesellschaftlicher und politischer Makrostrukturen auch mit weitreichenden Veränderungen in der Lebenspraxis der Individuen verknüpft sein wird. Wohlstand und Glück werden eine neue Bedeutung bekommen.

Die »imperiale Lebensweise«, in der wir produzieren und konsumieren, kann in den entwickelten kapitalistischen Ländern nicht länger wie bisher fortgesetzt werden. Noch weniger ist sie auf die gesamte Weltbevölkerung zu übertragen.

Zugleich gilt: Nicht alle Menschen können gleichermaßen für diese exzessive Lebensweise in Haftung genommen werden. Die Interessen der Konsument*innen in den »entwickelten Industriegesellschaften«, die durchaus an der Umweltbelastung der »Entwicklungsländer« ihren Anteil und sich auch in der hiesigen Konsumwelt eingerichtet haben, sind — im Unterschied zu den Treibern und Entscheidern dieser Entwicklung in den Konzernzentralen und den Regierungsapparaten — nicht essenziell mit diesen Verhältnissen verbunden. Von den Sinnwidrigkeiten des globalen Ernährungsmarktes etwa, der mit enormen Logistikkosten verknüpft ist, profitieren vornehmlich die globalen Player der Lebensmittelindustrie, die diesen Status quo natürlich aufrechterhalten wollen.

Dennoch ist im Denken vieler Menschen die vorfindliche »bunte« Warenwelt mit der Vorstellung von Wohlstand und »besseren Leben« verknüpft. Die sozialökologische Transformation ist mit vielfältigen Hemmnissen und Hindernissen in der Lebenswelt der Menschen, ihrem Alltagsbewusstsein und ihren Gewohnheiten konfrontiert. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass es an plausiblen und attraktiven ökologischen Alternativen mangelt, die noch zu entwickeln sind. Es gilt aber auch: Viele Menschen in den kapitalistischen Zentren werden auf liebgewonnene Gewohnheiten verzichten und langfristig gewachsene Bedürfnisse infrage stellen müssen. Diese Änderungen beziehen sich auf den täglichen Speiseplan, den allgemeinen Ressourcenverbrauch, die Begrenzung globaler Mobilität u.v.a.m.

Schon 1966 haben sich die marxistischen Autoren Paul A. Baran und Paul M. Sweezy in ihrem Werk »Monopolkapital« kritisch mit der kapitalistischen Werbeindustrie und den immensen Summen für die Verkaufsförderung auseinandergesetzt. Die Kritische Theorie um Adorno, Horkheimer und Marcuse und die von ihr beeinflusste Studentenbewegung der späten 1960er Jahre haben die damit einhergehenden Mechanismen – Statuswahn, Konkurrenzdruck, Egoismus, Fixierung auf materielle Güter – angeprangert. Diese Kritik am »Konsumismus« erscheint im Lichte der Ökologiekrise in neuem Licht. Ein gesellschaftlicher Dialog über das, was das Leben lebenswert macht, ist überfällig. Denn die Notwendigkeit, eine neue, nachhaltige Lebensweise zu entwickeln und in den Gesellschaften durchzusetzen, ist zum Scheitern verurteilt, wenn sie als moralgetränkte Bevormundung verstanden würde.

Es geht nicht, wie rechtskonservative Kritiker der erforderlichen Wende suggerieren wollen, pauschal um Konsumverzicht und schon gar nicht um eine Verringerung von Lebensqualität. Im Gegenteil. Es geht vielmehr darum, die enge Verknüpfung von einem Mehr an Glück und Zufriedenheit durch umweltschädlichen Konsum zu lösen und neue Ansprüche an ein sinnerefülltes Leben zu formulieren. Es braucht positive Beispiele und Überzeugung, dass für ein erfülltes Leben eine ausreichende soziale Sicherheit und der ungehinderte Zugang aller Menschen zu den »Freiheitsgütern« Bildung, Kultur und Gesundheit nicht weniger wichtig sind als materieller Konsum, damit sie ihre Fähigkeiten uneingeschränkt entfalten können. Denn das zu erlangende Glück des Menschen hängt nicht von der Pferdestärke seines Autos oder der Häufigkeit von Fernreisen ab.

Das »gute Leben«, das mit der ökologischen Wende einhergehen sollte, zielt auf ein Mehr an Lebensqualität und ein Mehr an gesellschaftlicher Wohlfahrt für alle Menschen. Dieser strategische Wechsel der Besetzung von Glück braucht Mut und Empathie. Ansätze dafür sind in der Gegenwart durchaus sichtbar. Das Auto gilt vielen jungen Menschen längst nicht mehr als Prestigeobjekt, beim täglichen Einkauf spielen Kriterien der Nachhaltigkeit eine bedeutende Rolle, und es entwickelt sich eine Share-Ökonomie, in der der individuelle Besitz hinter die Möglichkeiten gemeinschaftlicher Nutzung tritt.

Gewiss, die Vorstellung mancher, dass die große gesellschaftliche Veränderung einzig über individuelles Konsumverhalten eingeleitet oder gar bewirkt

werden könne, ist illusionär und falsch. Dennoch haben die zahlreichen Basisinitiativen für neues Umweltbewusstsein und für solidarisches und nachhaltiges Wirtschaften große Bedeutung. In Verbindung mit kritischer Öffentlichkeit kann erheblicher Druck auf die Verantwortlichen in den Konzernen und der Politik entfaltet werden, der auch Verhaltensänderungen bewirken kann. Wie sonst sind die Zunahme der Bioprodukte in den Regalen der Supermarktketten, die Bemühungen um fahrradfreundlichere Innenstädte, die Suche nach ressourcenschonenden Veranstaltungskonzepten, um nur wenige Beispiele zu nennen, zu erklären?

Rechtskonservative warnen, dass der sozialökologische Umbau mit dem Verlust von Freiheitsrechten für die Menschen verbunden sei. Hier werden die persönlichen Freiheiten systematisch von gesellschaftlicher Verantwortung entkoppelt und einem »Weiter so!« das Wort geredet – was aber auf Dauer nicht möglich sein wird. Über das Spannungsfeld zwischen individueller und gesellschaftlicher Freiheit haben sich Philosophen seit Jahrhunderten Gedanken gemacht. Immanuel Kant hat die Formel geprägt, wonach die Freiheit des Einzelnen endet, wo die Freiheit des Anderen beginnt. Das gilt weiterhin. Die Kant'sche Formel wird aber heute weiter gefasst werden müssen: Wenn der individuelle ökologische Fußabdruck einen gerade noch zu vertretenden gesellschaftlichen Durchschnittswert maßlos übersteigt, müssen Gesetzgeber und demokratische Entscheidungsinstanzen Grenzen des Erlaubten ziehen. Wir werden uns auf moralische und gesetzgeberische Regeln verständigen müssen, die ein freies *und* zugleich solidarisches Zusammenleben künftig erst möglich machen.

Siebte These:

Mobilität ist und bleibt eine wichtige Bedingung der Teilhabe an Arbeit, Politik und Freizeit. Gleichzeitig ist der kapitalistisch organisierte Verkehrssektor ein maßgeblicher Faktor der heutigen Umweltschädigung. Daher kommt Konzepten für eine neue, ressourcensparende, klimaneutrale Mobilität eine Schlüsselrolle beim sozialökologischen Umbau zu.

Die öffentliche Diskussion wird gegenwärtig stark von einem Thema bestimmt: Elektromobilität. Dass dahinter auch das Interesse der großen Automobilkonzerne (aber auch der Neueinsteiger im Automarkt) steht, mit einer neuen Fahrzeug-Generation die Dominanz des Individualverkehrs aufrechtzuerhalten, liegt auf der Hand. Dies macht misstrauisch, ist aber noch kein hinreichendes Argument gegen E-Mobilität. Denn die Reduzierung der Schadstoffbelastung durch Kraftfahrzeuge ist eine der vordringlichsten Aufgaben.

An einer Erkenntnis kommt man dabei nicht vorbei: Die vermiedenen Personen- oder Tonnen-Kilometer sind die umweltfreundlichsten. Damit bestätigt sich ein zentraler Grundsatz nachhaltiger Ökologiepolitik: Ressourcen sparen ist gut, Ressourceneinsatz vermeiden besser. Dieser Vorsatz bricht sich aber hart an den Realitäten kapitalistischer Infrastrukturentwicklung, die nur langfristig korrigiert werden können: »Autostädte«, weiträumige Trennung von Arbeit – Wohnen – Einkaufen – Freizeit, »Zwang« zu weitem Pendeln wegen hoher Mieten, auf individuelle Mobilität fixierte Raum- und Stadtplanung. Stattdessen sind Wohn-, Arbeits-, Einkaufs- und Freizeitstrukturen so umzubauen, dass die Wege wieder kürzer werden. Um den rasant gewachsenen überregionalen Güter- und Personenverkehr verringern zu können, müssen alle Ansätze einer Re-Regionalisierung von Wirtschaftsprozessen genutzt werden. Die Lösung dieser Mammutaufgabe wird Jahrzehnte beanspruchen.

Aber schon heute brauchen wir eine Verkehrswende, damit dieser wichtige Sektor seinen Teil zur Abwendung der Klimakatastrophe beiträgt. In deren Zentrum muss der Umstieg vom motorisierten Individualverkehr (MIV) hin zu mehr Bahn, ÖPNV und die Verbesserung der Infrastruktur für Radnutzung und Fußgänger stehen. Auch die Verlagerung von möglichst viel Warentransport auf Schiff und Bahn ist eine prioritäre Aufgabe. Darüber wird in Politik und Medien schon lange gesprochen; in Wirklichkeit aber wurden die Bereiche Bahn, ÖPNV und Binnenschiffinfrastruktur »kaputtgespart« bzw. sträflich vernachlässigt. Allein die Deutsche Bahn hat mit den gerade beschlossenen 89 Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre alle Hände voll zu tun, um den bestehenden Sanierungsstau aufzuheben, von Kapazitätserweiterungen und großzügiger Neugestaltung öffentlicher Infrastruktur ganz zu schweigen.

Es ist nahezu unstrittig, dass es das Ziel künftiger Verkehrspolitik sein muss, bis 2050 eine klimaneutrale Mobilität zu erreichen. Dies kann nur gelingen, wenn die Verkehrswende jetzt energisch vorangebracht wird. Aber eine zweite Anforderung steht auch im Raum: Die Klimaziele sind nur zu erreichen, wenn spätestens 2035, besser noch 2030, keine weiteren Verbrenner-PKWs zugelassen werden. Da diese Fahrzeuge etwa 15-20 Jahre in Betrieb sind, muss dieser Beschluss unverzüglich gefasst werden. Dies wirft unvermeidlich die Frage auf, welche Angebote man all jenen machen kann, die Autos mit Verbrennungsmotor fahren und noch sehr lange auf dieses Verkehrsmittel angewiesen sein werden. Daher wird auch eine strikt ökologisch ausgerichtete Verkehrspolitik sich intensiv mit der Elektromobilität beschäftigen müssen. Dies gilt nicht zuletzt für den ÖPNV-Bereich selber: Schon heute sind Elektrobusse ein probates Mittel, um Schadstoffbelastungen, Lärm und Staus in den Innenstädten zu vermeiden.

Die Argumente, die in Umweltbewegung und kritischer Öffentlichkeit gegen den Vormarsch der E-Mobilität vorgetragen werden, sind ernst zu nehmen. Dies gilt insbesondere für die Frage, inwieweit mit dieser »Revolution« nur mehr Individualverkehr erzeugt wird und damit Probleme wie Verkehrsstaus, übermäßiger Flächenverbrauch etc. gerade nicht beseitigt werden. Andere Argumente müssen ihrerseits auf den Prüfstand: Der ökologische Rucksack, den die E-Autos heute mit sich herumschleppen, ist beträchtlich und wiegt ihre Vorzüge gegenüber den Verbrennern teilweise auf – zumal sich bislang an Größe und Gewicht der Autos nichts ändert und der Strom nur teilweise aus erneuerbaren Quellen stammt. Aber angesichts der heute schon absehbaren technologischen Weiterentwicklungen, der Möglichkeit (und Notwendigkeit) staatlicher Größen- und Gewichtsregulierungen sowie der erforderlichen Beschleunigung der Energiewende wird sich die Öko-Bilanz der E-Mobilität verbessern. Ebenso ist unbestreitbar, dass die Herstellung von Komponenten der neuen Antriebe bislang mit rigoroser Ausplünderung in den rohstoff erzeugenden Ländern verbunden ist. Aber liefert das nicht eher ein Argument dafür, solche Ausbeutungsverhältnisse mithilfe eines Lieferkettengesetzes zu bekämpfen und internationale Solidarität für Arbeitnehmer*innenrechte zu entwickeln – so wie diese hierzulande in den klassischen Industrien auch erst erkämpft werden mussten?

Wir sind uns ziemlich sicher, dass es auf längere Zeit notwendig bleibt, motorisierten Individualverkehr so umweltverträglich wie möglich verfügbar zu haben. Und dabei gibt es – nach aktuellem und absehbarem Technikstand – keine bessere Alternative als batterie-elektrische Fahrzeuge. Daher unsere These: Die Mobilität der Zukunft wird vor allem elektrisch sein. Und das hat eine Konsequenz: Wir werden deutlich mehr Strom brauchen. Dies heißt wiederum: Die »neue« Mobilität kann nur CO₂-neutral werden, wenn wir die erneuerbare Stromerzeugung massiv vorantreiben.

Ein weiterer Aspekt sollte in die Debatte einbezogen werden: Der größte Kostenfaktor beim heutigen Modell des motorisierten Individualverkehrs (MIV) ist das Eigentum. PKWs in Privateigentum stehen zu 96% ihrer Zeit ungenutzt herum. Studien zum Carsharing zeigen, dass – je nach Modellierungsannahmen – ein geteiltes Fahrzeug etwa sieben bis zwölf in privatem Alleinbesitz stehende PKWs ersetzen kann. Damit ist die Grundsatzfrage aufgeworfen, wie eine zukunftsfähige Struktur des Mobilitätssektors, die sozialen und ökologischen Kriterien genügt, aussehen könnte. Welche Rolle wird dabei überhaupt noch das individuelle Eigentum an den Verkehrsmitteln spielen? Gibt es andere Möglichkeiten eines serviceorientierten Verkehrsangebots (z.B. Robo-Taxis, also selbstfahrende, elektrogetriebene Taxis), mit dem Umweltbelastungen der PKW-Herstellung reduziert, der Betriebsaufwand und die Wartungskosten für die Fahrzeugflotte insgesamt abgesenkt, enorme Parkflächen eingespart und zugleich benutzerfreundliche (Komfort!) Dienstleistungen angeboten werden könnten? Könnten daraus neue Angebote für Menschen entstehen, die heute aus verschiedensten Gründen nur über die teure Taxi-Lösung mobil sind (Alte, Behinderte usw.)?

Eine solche Plattform-betriebene Mobilitätslösung wird aber nur unter zwei Voraussetzungen zu erreichen sein. Erstens ist sie mit spürbaren Mengenreduzierungen im Absatz der Automobilhersteller verbunden, die durch die erforderlichen (und wohl nur durch preisliche und ordnungsrechtliche Regulierungen durchsetzbaren) Größen- und Gewichtsreduzierungen der PKW verschärft würde. Für die Automobil- und Zulieferindustrie sowie Teile des Maschinenbaus hat dies einschneidende Konsequenzen, die mit erheblichem Arbeitsplatzabbau verbunden sein können. Industrie-, beschäftigungs- und ausbildungspolitische Alternativstrategien müssen frühzeitig

sowohl innerhalb von Unternehmen als auch weit darüber hinaus im Industrie- und Verkehrssektor entwickelt werden und sind zugleich als Regionalplanung anzugehen, in die die wichtigsten betrieblichen und regionalen Akteursgruppen einzubeziehen sind.

Zweitens muss Plattformmobilität nicht nach Gewinnkriterien, sondern nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten optimiert werden. Dies kann nur funktionieren, wenn sie zumindest klar öffentlich reguliert wird. Realistischer wäre es aber, sie gleich in öffentlicher Hand und demokratisch legitimiert zu betreiben.

Ein differenziertes, gleichwohl kohärentes Verkehrskonzept sollte also aus verschiedenen Elementen bestehen:

- großzügiger Ausbau des ÖPNV,
- Vorrang für Radfahrer und Fußgänger in der Stadtplanung,
- eine auf E-Mobilität basierende Fahrzeugflotte,
- neue Modelle von Mobilität, mit denen die ausschließlich auf privaten Besitz gründende Beweglichkeit durch gemeinschaftliche und öffentlich betriebene neue Dienstleistungsangebote abgelöst würde,
- ein industrie- und regionalpolitischer Neustart, der nicht allein den heute in den betroffenen Industrien Arbeitenden, sondern auch den nachwachsenden Generationen sichere, qualifizierte und nachhaltige Beschäftigungsperspektiven eröffnet.

Achte These:

Wollen wir die Klimakatastrophe abwenden, müssen wir uns von der verschwenderischen Art und Weise, wie wir Häuser bauen und sie bewohnen, ebenso verabschieden wie von den nicht nachhaltigen Siedlungsmustern des »fossilen Zeitalters«. Das muss nicht bedeuten, dass wir schlechter wohnen, aber wir werden sicher anders wohnen.

Anders Wohnen ist erforderlich, denn das Wohnen trägt in hohem Maß zum Klimawandel bei:

- Die Wohnfläche hat in Deutschland kontinuierlich auf 46,7 m² pro Kopf (2018) zugenommen. Jeder bewohnte Quadratmeter führt zu höherem

Energie- und Ressourcenverbrauch, denn die Fläche wird beleuchtet, beheizt, mit Bodenbelag versehen und möbliert, muss gereinigt und instandgehalten werden.

- Die privaten Haushalte benötigten im Jahr 2017 gut ein Viertel des gesamten Endenergieverbrauchs in Deutschland. Sie verwendeten mehr als zwei Drittel ihres Endenergieverbrauchs, um Räume zu heizen.

Es gibt viele Mut machende Beispiele, dass es zu den bisher vorherrschenden Produktions- und Lebensweisen nachhaltige Alternativen gibt, die zugleich reizvoll und lebenswert sind. Das Freiburger Öko-Institut hat 2017 in »Visionen und Wege für eine nachhaltige Gesellschaft« aufgezeigt, dass Wohnen sicher und bezahlbar, klimaneutral und ressourcenschonend sein kann. In dieser Vision bietet Wohnen Sicherheit, Schutz und Geborgenheit, aber auch Kontakt und Kommunikation sowie Möglichkeiten zur Entfaltung:

- Wohnen ist für jeden verfügbar und bezahlbar.
- Gleichzeitig wohnen die Menschen umwelt- und ressourcenschonend sowie klimaneutral. Bauwerke, Dächer und Fassaden sind begrünt und erfrischen die Luft.
- Die Größe der Wohnfläche pro Person steigt im Vergleich zum bisherigen Trend nicht weiter an, vielmehr ist sie an unsere Bedürfnisse angepasst.
- Infrastruktur wird immer häufiger gemeinsam genutzt: Gemeinschaftliches Wohnen breitet sich in verschiedenen Ausprägungen wieder aus.

Diese erheblichen Veränderungen des Lebensstils und der Konsumgewohnheiten der Menschen zeigen Perspektiven eines »guten Lebens« auf, das anderen Wertmaßstäben folgt als die heutige individualistische Konsum- und Wegwerfgesellschaft. Da der Großteil des in Zukunft genutzten Gebäudebestandes bereits gebaut ist, kommt dessen energetischer Sanierung eine besondere Bedeutung zu. Die Quote der energetischen Gebäudesanierung muss auf 2% jährlich erhöht werden.

Wollen wir erreichen, dass die Wohnfläche pro Person nicht weiter ansteigt, müssen wir die Wohnungen flexibler gestalten und sie an unsere Bedürfnisse anpassbar machen. Dazu müssen sich nicht nur einzelne Gebäude ändern, sondern ganze Wohnanlagen und Wohnquartiere. Hier müssen ressourcensparende Angebote für gemeinschaftliche Mobilität und gemeinsamen Konsum gemacht werden. Grundsätzlich gilt: Der Umstieg auf kli-

maschonende Wärme wird nur dann gelingen, wenn er sozial abgefedert ist, d.h. dass Wohnen und Heizen bezahlbar bleiben – mitunter sogar erst werden – muss.

Neunte These:

Die sozialökologische Wende verlangt kategorisch nach starken, demokratisch ausgerichteten öffentlichen Institutionen, die diesen Prozess steuern, regulieren, beeinflussen und absichern und sich auf ebenso starkes gesellschaftliches Engagement stützen.

Nach unserer Überzeugung wird der Staat bei der Durchsetzung der sozial-ökologischen Wende eine Schlüsselrolle spielen müssen. Das Memorandum 2020 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik bringt es zutreffend auf den Punkt: »*Der Marktmechanismus ist für ökologische und soziale Fragen blind. Hier muss der Staat – demokratisch legitimiert – planend, steuernd und gestaltend eingreifen.*« Diese Planung kann darin bestehen, erstens Marktregulierungen durch Auflagen zu ergänzen oder zu ersetzen, zweitens sozialökologische Regulierungen in den Marktmechanismus zu integrieren, drittens nicht-kapitalistisches Eigentum zu stärken.

Unter kapitalistischen Bedingungen kann das Festhalten an bislang profitablen, aber umweltzerstörenden Geschäftsmodellen nur durch strenge staatliche Vorgaben unattraktiv gemacht werden. Eine neue, ökologisch nachhaltige Innovationsdynamik bedarf wirtschaftlicher Anreize, aber sie wird nur freigesetzt werden können, wenn die Marktkräfte auch durch verbindliche Rahmenbedingungen, also Ge- und Verbote, in eine gesellschaftlich und ökologisch nutzbringende Richtung umgelenkt werden. Dann wird sich praktisch zeigen, wie weit das Kapital und die Marktkräfte Klima erhaltende Innovationen voranbringen können und wo der Staat selbst die Regie übernehmen muss. Hinzu kommen preisliche Lösungen, die umweltschädliche Praktiken in Produktion und Konsumtion verteuern.

Der Staat kann und darf dabei der Eigentumsfrage nicht ausweichen: Wichtig für den Erfolg des sozialökologischen Umbaus ist das Zurückdrehen der exzessiven Privatisierung der letzten Dekaden. Doch es geht weiter: Öffentli-

che Subventionen für kapitalistische Konzerne müssen zurückerstattet werden. Wahlweise kann der Staat durch den Kauf von Unternehmensanleihen auch Miteigentümer mit vollem Stimmrecht werden, um den sozialökologischen Umbau voranzubringen. Wie am Beispiel der Verkehrspolitik beschrieben, sollte er zudem selber als Betreiber vorangehen und Maßstäbe setzen. Neben der Ausweitung öffentlichen Eigentums wird es also verschiedene Eigentumsformen geben müssen (z.B. genossenschaftliche, private Unternehmen mit staatlicher Beteiligung, rein private Unternehmungen), die sich alleamt an gesellschaftlichen Zwecksetzungen bzw. an gesetzlich vorgegebenen Qualitätsstandards und Limits orientieren.

Es wird beim staatlichen Handeln nicht *die* Stellschraube geben, an der zu drehen ist, um die gewünschte Richtungsänderung zu erreichen. Vielmehr werden öffentliche Institutionen eine breite Palette an Instrumenten und Maßnahmen für die Ziele des sozialökologischen Wandels einsetzen müssen. In jedem Fall muss der Staat alle Möglichkeiten ausschöpfen, um sich die nötigen finanziellen Mittel zu verschaffen, die benötigt werden, um hinreichend intervenieren und gestalten zu können. Auch aus diesem Grunde ist es wichtig, die großen Spielräume zur Minderung der unsinnigen Rüstungsausgaben zu nutzen — das Zwei-Prozent-Ziel der NATO muss aufgegeben werden. Ansonsten gilt:

- Unabdingbar ist die Herstellung der notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Hier geht es um die Fixierung umweltgerechter Gütestandards in landwirtschaftlicher und industrieller Produktion/Konsumtion, im Verkehrswesen und beim Bauen und Wohnen. Das kann Produktionsverbote oder -begrenzungen einschließen. Ebenso wichtig sind Solidarität fördernde Verhaltensregeln wie beispielsweise ein flächendeckendes Tempolimit auf deutschen Straßen, Gewichts- und Größenbegrenzungen für PKW und Fahrverbote in Innenstädten. Damit würde auch mehr Umweltqualität, Sicherheit und bessere Luft erreicht.
- Zweitens muss das Verhalten der Akteure auf den Märkten durch staatliche Finanz- und Steuerpolitik beeinflusst werden. Mittels adäquater CO₂-Steuern und -Abgaben wird sowohl das Verhalten der Produzenten als auch der Verbraucher beeinflusst und kann in Richtung Nachhaltigkeit gelenkt werden. So ist die Bepreisung des Kohlendioxid-Ausstoßes, verbunden mit so-

zialen Ausgleichsmaßnahmen, ein wichtiges Element, um den Umstieg auf erneuerbare Energiequellen, die energetische Gebäudesanierung oder den Ausbau des Schienenverkehrs voranzubringen. Die sozialen Ausgleichsmaßnahmen erstrecken sich auf öffentlich geförderte oder bereitgestellte ökologische Alternativen oder die Zahlung eines Öko-Bonus. Ein gezahlter gleichhoher Öko-Bonus an alle Haushalte wirkt progressiv und verhindert nicht die ökologische Umsteuerung: Er mildert die Minderung des Realeinkommens durch steuerbedingte Preiserhöhungen ab, aber durch die gezielte relative Verteuerung ökologisch schädlicher Praktiken bleibt der Umstieg auf vorhandene umweltfreundlichere Alternativen trotzdem attraktiv.

- Staatliche Förderprogramme müssen dafür Sorge tragen, dass der Um- und Ausbau in alternativen, umweltfreundlichen Formen in Industrie, Bauen/Wohnen, Verkehr gestützt wird, Forschung & Entwicklung für Nachhaltigkeit vorangebracht und eine Regionalentwicklung initiiert wird, die insbesondere auch regionale Wirtschaftskreisläufe nach sich zieht. So sind z.B. Bürgerstrommodelle großen Stromversorgern vorzuziehen, Bio-Bauernhöfe riesigen Agrarfabriken. Es müssen Strukturen gefördert werden, die nicht wieder zu wirtschaftlichen Machtzentren werden, die ihrerseits die Politik bestimmen.

Man kommt an der prinzipiellen Frage nicht vorbei, wie wir uns – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Erfahrungen des untergegangenen »Realsozialismus« – die Gesellschaft der Zukunft vorstellen und welche Rolle dabei dem »leistungsfähigen« Staat zukommen sollte. Soll dieser Staat wieder auf zentralistischer Planwirtschaft aufbauen, ein Staat, der die Gesamtheit der gesellschaftlichen Prozesse von oben steuert? Wenn die Antwort Nein lautet, wovon wir ausgehen, dann sollten wir uns über andere Konstitutionsbedingungen für eine gesellschaftliche Umorientierung im Klaren werden.

- Wir brauchen einen breiten und gut finanzierten öffentlichen Sektor, der die gesellschaftliche Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheit, Wohnen, Verkehr, soziale Sicherheit) sichert. »Ein leistungsfähiger Staat braucht Investitionen und Personal«, sagt dazu das Memorandum Alternative Wirtschaftspolitik 2020.
- Der Staat darf vor der Nutzung der Niedrigzinsphase für langfristige Zukunftskredite und seiner Möglichkeit, Investitionen über Geldschöpfung

zu finanzieren, ebenso wenig zurückschrecken wie vor einer längst überfälligen stärkeren Besteuerung der Akkumulation von Vermögen.

- Wir brauchen Märkte, die erst dann ihre Innovationspotenziale freisetzen werden, wenn sie sich an öffentlich-rechtlich vorgegebenen Standards und Limits orientieren müssen.
- Wir werden einen handlungsfähigen Staat brauchen, der sich gegenüber gesellschaftlichen Partikularinteressen durchsetzt und auch maßgeblichen Einfluss auf die Finanz- und Energiewirtschaft ausübt. Dies schließt die sachgerechte Dezentralisierung von Entscheidungsvorgängen nicht aus.
- Wir werden einen parlamentarisch-demokratischen Staat brauchen, der auf allen Ebenen weiter demokratisiert und transparenter gemacht wird, auch durch mehr plebiszitäre Elemente.
- Wir brauchen eine lebendige Zivilgesellschaft, die eigenständig bleiben und doch auch über Kontroll- und Eingriffsrechte auf allen Entscheidungsebenen verfügen sollte. Zu denken ist hier an Mitbestimmungsräte und Beiräte für Nachhaltigkeit. Dazu sollten die Kompetenzen von Gewerkschaften und Wohlfahrts- und Verbraucherverbänden auch Klagerechte umfassen.

Zusammenfassend: Ohne staatliches Handeln kann die Transformation nicht ins Werk gesetzt werden. Dieser Staat sollte aber ein Staat sein, der auf freiheitlicher, nicht-autoritärer Grundlage beruht, dessen Entscheidungen und Maßnahmen demokratisch bestimmt sind und demokratischer Kontrolle unterliegen. Die sozialökologische Wende braucht eine wechselseitige Stärkung von staatlichem Handeln einerseits und gesellschaftlichen Bewegungen und Organisationen, Graswurzelinitiativen, kreativen und schöpferischen Elementen andererseits.

Zehnte These:

Der sozialökologische Umbau ist Kernstück einer Transformation des kapitalistischen Systems zu einer neuen, solidarischen Gesellschaft. Gebraucht wird dafür eine breite Allianz für gesellschaftlichen Wandel. Die Transformation *des Systems* beginnt aber *innerhalb des Systems*. Schritte einer Ökologisierung des Kapitalismus (»grüner Kapitalismus«) sind nicht a priori zu verwerfen, sondern zu unterstützen, wenn sie dem sozialökologischen Umbau dienen und eine Dynamik in Richtung einer weiter gehenden Transformation befördern können.

Die gegenwärtige Krise kapitalistischer Entwicklung und die Umweltkrise gehören elementar zusammen. Dies gilt auch umgekehrt: Alternative Zukunftsvorstellungen müssen einen erneuerten Sozial- und Wohlfahrtsstaat ebenso einschließen wie eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise. Man kann diese Idee auch mit dem Begriff einer solidarischen Gesellschaft umschreiben – oder dazu Sozialismus sagen.

Letztlich geht es um nicht weniger als um eine umfassende Transformation des Gegenwartskapitalismus, die nur über einen längerfristigen, sehr konfliktreichen Prozess zu erreichen ist. Das zentrale Ziel ist die Überwindung einer von Profitmaximierung dominierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung: die Entwicklung einer Gesellschaft, die von Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit bestimmt wird. Vor allem die grundsätzlichen Infrastrukturen, d.h. die großen Netze, die uns mit Wasser und Strom versorgen und die unsere Mobilität (Busse, Bahnen, Schienen, Straßen) sichern, sowie die soziale Sicherheit (Gesundheits-, Renten- und Pflegeversicherung) und die Einrichtungen des Bildungswesens müssen allen Bürger*innen gleichermaßen zur Verfügung stehen und dürfen nicht dem Kriterium kapitalistischer Profitabilität unterworfen sein. Um es anders zu formulieren: Eine neue Form der Vergesellschaftung ist durchzusetzen, die der allgemeinen Wohlfahrt, dem friedlichen Zusammenleben und der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen absolute Priorität einräumt.

Die Große Transformation, um die es geht, ist in den Widersprüchen unserer Zeit angelegt und in der historischen Dimension mit der Herausbildung der kapitalistischen Industrie und der bürgerlichen Gesellschaft vergleich-

bar. Dies gilt auch deshalb, weil das Neue sich nicht nur auf eine grundlegend andere Regulation der Produktionsweise bezieht, sondern ein neues Mensch-Natur-Verhältnis einschließen muss. Die Transformation hat folglich zwei zusammengehörige Seiten.

Es geht um materiell-stoffliche Prozesse – Umstellung auf regenerative Energie, elektrifizierte Mobilität, nachhaltige Landwirtschaft, um nur die wichtigsten zu nennen – und um andere gesellschaftliche Organisationsformen (Produktions- und Regulationsweisen), die wir in der vorangehenden These skizziert haben. Das seit mehr als zwei Jahrhunderte dominierende Entwicklungs-, Wachstums- und Fortschrittsmodell, das heute mehr denn je durch grundlegende Funktionsstörungen und Krisen gekennzeichnet ist, soll durch einen neuen nachhaltigen und zukünftigen Pfad wirtschaftlicher, sozialer, kultureller Entwicklung abgelöst werden. In den letzten Jahren haben Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler wie Michael Brie, Dieter Klein, Rolf Reissig und Klaus Steinitz diesen Prozess der Transformation von Gesellschaften ausführlich analysiert.

Der sozialökologische Umbau, andernorts auch als das Projekt eines linken »Green New Deal« beschrieben, ist der nächste notwendige Schritt auf diesem Wege. Joseph Stiglitz hat durchaus Recht mit seiner Feststellung: *»Die Regeln des Kapitalismus müssen neu geschrieben werden.«* Der Versuch, dies durchzusetzen, erfordert eine überaus starke gesellschaftspolitische Dynamik, die in der bisherigen kapitalistischen Entwicklung ihresgleichen sucht. Im Unterschied zu früheren großen Reformen wie der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts, dem New Deal in den USA oder der Durchsetzung des westeuropäischen Sozialstaats rückt diesmal die Frage auf die Tagesordnung, in welchem Maße die überlebensnotwendige sozialökologische Wende überhaupt noch im Rahmen des Kapitalismus zu bewältigen sein wird. Es ist eine Bewährungsprobe für den Kapitalismus. Die Bewährungsprobe für die internationale gesellschaftliche Linke besteht zunächst einmal darin, erste Umbauschritte und Weichenstellungen durchsetzen zu helfen.

Die Frage, wie die sozialökologische Transformation bewerkstelligt werden kann, schließt die Frage ein, wer gesellschaftlicher Motor dieses Wandels sein kann. Denn es dürfte klar sein, dass diese Transformation der Ge-

sellschaft nur in harten Konflikten mit den dominierenden Interessen und Trends im Gegenwartskapitalismus durchgesetzt werden kann. Die Eigentümer der Produktionsmittel oder die Manager, die an den Schalthebeln der Wirtschaft sitzen, haben die Macht und überwiegend auch das – zumindest kurz- und mittelfristige – Interesse, an der umweltzerstörenden Produktions- und Lebensweise festzuhalten. Vor allem die großen, international agierenden Konzerne, die Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall u.a.m.) und viele in diese Machtstrukturen Involvierte verweigern und blockieren die notwendigen grundlegenden Veränderungen. Entscheider in den Konzernzentralen üben massiven Druck auf Regierungen aus, ihre Beauftragten gehen in den Ministerien ein und aus, sie haben ein enges personales Geflecht geschaffen, das sie mit den führenden Personen in den Parteien und Fraktionen verbindet.

Den Einfluss dieser »Machtelite« (C. Wright Mills; Karl Marx sprach von »herrschender Klasse«) gilt es zurückzudrängen und schließlich zu überwinden. Bessere Argumente werden dabei nicht reichen. Wir werden ein breites Bündnis unterschiedlicher Kräfte der Veränderung brauchen, dem es gelingt, Gegenmacht aufzubauen und den Regierungen und Parlamenten eine fortschrittliche, soziale *und* ökologische Politik abzurufen.

Eine solche »Allianz für nachhaltige Entwicklung« ist kein festgefügtter, homogener Block. Es handelt sich um eine fluide und plurale Konstellation, die sich je nach Thema und Entwicklung der Kräfteverhältnisse im Zeitverlauf ändern kann. Antikapitalistische Kräfte sind ein notwendiges vorantreibendes Element dieser Bündniskonstellation; sie dürfen aber nicht unter sich bleiben.

Die Herausforderung ist am ehesten mit der Friedensbewegung der 1980er Jahre vergleichbar, in der kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter*innen gemeinsam mit leitenden Angestellten, Wissenschaftler*innen und selbst mit Unternehmern und Generälen (!) für Abrüstung demonstrierten. An diese Erfahrungen gilt es anzuknüpfen. Auch damals fanden in einem breiten Bündnis Menschen zusammen, die oftmals unterschiedliche Vorstellungen im Einzelnen hatten, die aber das Ziel einte, den Atomtod zu verhindern.

Eine Allianz der Fortschrittkräfte wird darum ringen müssen, in den Institutionen des demokratischen Rechtsstaates die Oberhand zu gewinnen. Die »Systemfrage«, welche Reformen im Rahmen des Kapitalismus möglich oder

unmöglich sein werden, lässt sich nicht abstrakt beantworten. Es bedürfte hellseherischer Fähigkeiten, um exakt zu bestimmen, wann die Summe radikaler Reformmaßnahmen in eine neue Qualität umschlagen wird. Hinzu kommt, dass es sich bei der sozialökologischen Transformation um eine höchst komplexe und komplizierte Aufgabe handelt, bei der auch in vielerlei Hinsicht Neuland betreten werden muss, und daher politische Entscheidungen jederzeit überprüft und ggf. revidiert werden müssen. Entscheidender Maßstab wird immer sein, dass die (Mit-)Gestaltungsmöglichkeiten für die Menschen, d.h. die Demokratisierung der Gesellschaft, erheblich ausgeweitet und verlässlich in Gesetzen und Strukturen verankert werden.

Kurz: Transformation des Systems beginnt im System. Sie ist ein Prozess und eine Bewährungsprobe für alle Beteiligten – gleich, auf welcher Seite sie in diesem gesellschaftspolitischen Großkonflikt stehen. Welche Systemveränderungen dieser Prozess mit sich bringt, werden wir sehen. Wir als Linke werden dies aber nur beeinflussen können, wenn wir bereit sind, zu lernen. Vermeintliche Gewissheiten helfen uns nicht weiter. Der Transformationsprozess ist ein Lernprozess, und dabei sollte die Linke mit gutem Beispiel vorangehen.

Das Sozialistische Forum Rheinland



... ist ein überparteilicher Zusammenhang von Linksozialist*innen, dessen Mitglieder sich in unterschiedlichen Parteien und sozialen Bewegungen engagieren.

Wir wollen über Parteigrenzen hinweg gemeinsam Theorie entwickeln und politisch-praktisch kooperieren.

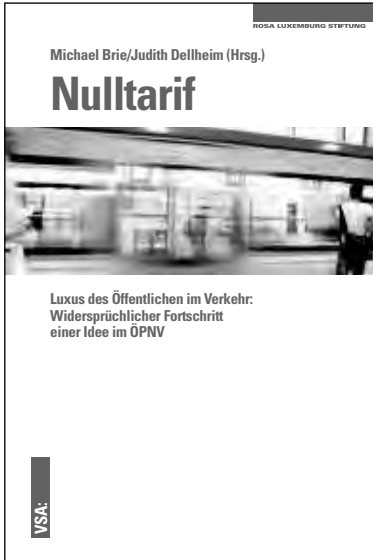
Wir halten an der Zielvorstellung der Überwindung des Kapitalismus fest und streben eine sozialistische Gesellschaft an.

Wir wissen, dass die aktive Teilnahme an den Abwehrkämpfen gegen die Zumutungen des Kapitalismus eine wichtige Voraussetzung für einen politischen Kurswechsel ist. Dabei begreifen wir Reformen und den Kampf für eine sozialistische Gesellschaft nicht als Gegensatz.

Wir versuchen unsere Ziele durch eine Vielzahl unterschiedlicher Veranstaltungen zu erreichen, die immer auch ein Angebot an alle fortschrittlichen Kräfte sind, solidarisch über Inhalte und Strategie der Linken zu diskutieren.

Kontakt über: www.sf-rheinland.de

VSA: Klimagerechte Mobilität



Michael Brie/Judith Dellheim (Hrsg.)

Nulltarif

Luxus des Öffentlichen im Verkehr:
Widersprüchlicher Fortschritt einer Idee im
ÖPNV | Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
240 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-96488-011-6

Wie sehen die internationalen Erfahrungen
mit Forderungen nach einem ÖPNV-Null-
tarif und mit praktizierten Gratis-Modellen
aus? Das große öffentliche Interesse an
dem Thema in Deutschland erfordert einen
Blick über den nationalen Tellerrand.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

VSA:



Hendrik Auhagen/Thomas Eberhardt-Köster/
Achim Heier/Mark Herterich/
Hermann Mahler/Volker Röske/
Carl Waßmuth/Winfried Wolf
Klimagerechte Mobilität für alle

Verkehr der Zukunft
nicht den Konzernen überlassen
AttacBasisTexte 57
96 Seiten | € 7.00
ISBN 978-3-96488-048-2

Um den Klimakollaps zu verhindern und
gleichzeitig allen Menschen Mobilität zu
ermöglichen, muss motorisierter Individual-
verkehr radikal verringert, Fuß- und Radver-
kehr sowie das Angebot von Bus und Bahn
schnell und umfassend ausgebaut und für
alle erschwinglich werden. In der neuen
breiten Bewegung für eine umgehende
Verkehrswende müssen alle relevanten
zivilgesellschaftlichen Akteure an einem
Strang ziehen: Klimagerechtigkeits- und
globalisierungskritische Bewegung,
umwelt- und verkehrspolitische Verbände,
Parteien, Gewerkschaften und aktivistische
Gruppen.

www.vsa-verlag.de

VSA: Sozialökologische Transformation



Ulrich Brand
Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie
Klimastreiks und Alternativen
zur imperialen Lebensweise
Mit einem Beitrag zur Corona-Krise
256 Seiten | € 19,80
ISBN 978-3-96488-027-7
Der Zwang zum Wachstum muss überwunden werden, damit ein auskömmliches Leben für alle möglich wird. Dazu sind Lehren auch aus Niederlagen linker Projekte und konkrete Vorschläge für eine solidarische Lebensweise notwendig.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

VSA:



Bernd Riexinger
SystemChange
Manifest für eine verbindende
und organisierende Partei
Eine Flugschrift
120 Seiten | € 10,00
ISBN 978-3-96488-067-3
Riexinger entwirft eine »konkrete Utopie« für den sozialökologischen Systemwechsel und DIE LINKE der Zukunft, entwickelt Vorschläge für eine moderne sozialistische Mitgliederpartei und spitzt seine Überlegungen zu einer verbindenden Klassenpolitik zu. Angesichts der Krise sozialdemokratischer Volksparteien in Europa setzt er nicht auf populistische Politikformen, sondern auf den Aufbau von transformativer Macht über Organizing, Verankerung in Betrieben und Bewegungen, vernetzte Gegen-Öffentlichkeiten und Stadtteilarbeit.

www.vsa-verlag.de

Sozialismus.deAktuell
 Monatlich ein Heft mit Hintergrund, Analysen & Kommentaren | täglich im Netz

Suchen

Erweiterte Suche

CONTACT | Das Projekt | Service | Mitmachen | Links | Impressum | RSS

Was kann die Linke?
 Konservative & Rechte

Folgen der Corona-Pandemie
 Trump first!

ARBEITSGRUPPE FÜR ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
 Diskussionsrunden zum Beispiel zum Minimum und zur staatlichen Sonderzuschüssen zur Corona-Krise gibt es auf der linken Website.

In Kooperation mit

OXI
 WIRTSCHAFT ANDERS DENKEN

Neue VSA-Bücher
 Ulrich Brand
 Post-Wachstum
 und Gegen-Regieren

Ulrich Brand
 Post-Wachstum und

Kommentare & Analysen
 Heft Nr. 6 – Juni 2020
 Verborgene Heft 1 Archiv
 Aktuelle Content
 Tipps statt Termine

Aktuelle Kommentare & Kurzanalysen
 19. Juni 2020 | Redaktion Sozialismus: Sorge um zweite Infektionswelle in China
Wiederaufbauprogramm in China gefährdet?

In der Volksrepublik wächst die Sorge vor einer zweiten Corona-Infektionswelle, China hat im Juni den höchsten Anstieg bei Neumelkungen mit dem Coronavirus seit April gemeldet. Die meisten Fälle trafen in der Hauptstadt Peking auf und wurden offenbar nicht aus dem Ausland importierte. Mehr...

19. Juni 2020 | Bernhard Sander
Frankreich: Nach der Pandemie der Protest

Abonnieren
 oder Probieren!

Altenwissen | Beratung
 Zettelkoffer
 Lyrikwelt
 Beratungsforschung (ABH)
 Demokratie

Sozialismus bei Facebook
 Sozialismus bei Twitter

Sozialismus.de: Die Website – nahezu täglich aktualisiert! Das erwartet die Besucher*innen:

- 👉 **Kommentare & Kurzanalysen zu aktuellen ökonomischen und politischen Ereignissen**
- 👉 **Inhaltsverzeichnis des aktuellen Heftes & drei Leseproben eine Woche vor der Printausgabe**
- 👉 **News, Tipps & Termine**
- 👉 **Archiv aller Inhaltsverzeichnisse & Leseproben aller erschienenen Hefte seit 2000**
- 👉 **Jahresregister als pdf-Dateien**
- 👉 **Passende Neuerscheinungen bei www.vsa-verlag.de**
- 👉 **Links zu anderen linken Projekten**

»Eine Arbeitsgruppe des Sozialistischen Forums Rheinland (SoFoR) hat sich ... 2019 mit dem sozialökologischen Umbau befasst ... In die Endredaktion dieses Textes platzte der ›Corona-Schock‹. Wie in einem Brennglas werden durch die Covid-19-Pandemie schon länger existierende Probleme und Krisenphänomene gebündelt und zugespitzt: Die Schattenseiten der Globalisierung, die Tendenzen zur Re-Nationalisierung der Politik und der verschärfte geopolitische Wettlauf, die Auszehrung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch die neoliberale Austeritätspolitik, die im Weltmaßstab zugespitzte soziale Polarisierung. Nahezu alle Regierungen der Welt mussten ... zu Maßnahmen greifen, die das öffentliche Leben weitgehend lahmlegten. Damit wurden auch die Volkswirtschaften und die Weltwirtschaft als Ganzes in eine dramatische Lage gebracht. Um dem entgegenzuwirken mussten auch in der Bundesrepublik einige Mythen der vergangenen Jahrzehnte geopfert werden, wie ›Der Markt wird es schon richten‹ oder ›Staatshaushalte müssen ausgeglichen sein‹ (›Schwarze Null‹).

In der Krise erleben wir, dass der Staat, den politischen Willen vorausgesetzt, große Summen mobilisieren kann und eine enorme Gestaltungskraft besitzt. Einige derjenigen, die unter schwierigsten Bedingungen für wenig Geld arbeiten müssen, erfahren endlich die Wertschätzung, die sie schon immer verdient haben. Wir alle erleben, dass in unserer Gesellschaft viele verantwortungsvoll handeln und solidarisch sind.

Diese Erfahrungen haben den Raum für kritische Fragen und neue Ideen geöffnet. Wir bieten mit unseren Thesen Anstöße für diese Diskussion.«